

## Antrag A3012: Keine Umbenennungen christlicher Feste und Feierlichkeiten

Antragsteller/in: BFA Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Der Bundesparteitag möge beschließen:

### 1 **Keine Umbenennungen christlicher Feste und**

### 2 **Feierlichkeiten**

- 3 Wir Freie Demokraten setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass  
4 Umbenennungen traditionell christlich bestimmter Feste und Feierlichkeiten  
5 (zum Beispiel "St. Martins-Zug" in "Laternenzug", "Lichterzug" o.ä.) nicht  
6 durch Verwaltungsorgane des Bundes, der Länder und der Kommunen vorgenommen  
7 werden, sondern allein auf parlamentarischen und kommunalpolitischen  
8 Entscheidungen nach Konsultationen mit den zuständigen kirchlichen Organen  
9 beruhen.

### **Begründung**

Deutschland ist ein Land, das durch seine christliche Tradition geprägt ist. Diese Tradition schließt die Anerkennung und Akzeptanz anderer Religionen nicht aus, wie die lange, wenngleich durch die Zeit des Nationalsozialismus historisch besonders belastete Geschichte des Judentums in Deutschland zeigt. Jedoch bedeutet diese praktizierte Toleranz nicht, dass „um des lieben Friedens willen“, aus forciertem Multi-Kulti-Dogmatismus, aus Motiven aggressiver Anti-Religiosität oder aus falsch verstandener Toleranz christliche Glaubensinhalte und Glaubensäußerungen unterdrückt und verdrängt sowie durch banale Allerweltsbegriffe umbenannt und uminterpretiert werden, wie dies gerade durch Verwaltungen unter dem Einfluss linker Landesregierungen und kommunaler Amtsträger immer wieder geschieht. Angesichts derartiger Versuche in Vergangenheit und Gegenwart ist es notwendig, dass Umbenennungen und Uminterpretationen christlicher Feste und Feierlichkeiten nur durch Beschlüsse der zuständigen Parlamente und in Absprache mit kirchlichen Organen und vorgenommen werden können.